

Reform der Finanzmärkte. Regulierung von Banken. Vom Treiber der Externalisierung zu nachhaltiger Rendite?

Andreas Neukirch

- Ordnungspolitischer Vorrang für die Finanzierung der Realwirtschaft-

Auf einen Blick:

Die Finanzwirtschaft übernimmt wichtige Dienstleistungsfunktionen für die Realwirtschaft. Jede Neuausrichtung des Ordnungsrahmens für Finanzmärkte hat dies zu berücksichtigen. Finanzdienstleistungen, die der Realwirtschaft dienen, sind möglichst wenig zu regulieren, um nicht ihre wohlfahrtssteigernden Wirkungen zu zerstören, während Finanzprodukte, die keinen direkten Bezug zur Realwirtschaft haben, zu verbieten sind. Das Ziel, die Finanzwirtschaft wieder stärker in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen, erfordert zudem mehr Transparenz hinsichtlich der Verwendung von Finanzanlagen und deren sozialen und ökologischen Auswirkungen, sowie einer entsprechenden Bildungskampagne für Privatanleger.

Angesichts der Finanzmarktkrise haben die Staaten in einem Kraftakt notwendige Stabilisierungspakete verabschiedet, um Kettenreaktionen zu verhindern. Wenn aber nicht mit der gleichen Intensität eine Neuordnung der Finanzmärkte betrieben wird, stärken diese Pakete die Problemursachen und führen absehbar zu noch größeren Krisen. Nur konsequente Änderungen des ordnungspolitischen Rahmens können die Risikoübernahme in Höhe von mehreren hunderten von Milliarden Euro durch den Staat im Nachhinein legitimieren. Zwar waren die Stabilisierungspakete alternativlos, aber sie können nur etwas gegen die Symptome ausrichten. Im Folgenden werden einige Aussagen über Maßnahmen der nachhaltigen Stabilisierung der Finanzmärkte gemacht:

1. Die Bank- und Finanzangebote, die unmittelbar der Realwirtschaft dienen, sind wo möglich zu deregulieren, diejenigen, die mittelbar der Realwirtschaft dienen, zu regulieren und zu kontrollieren sowie diejenigen, die nicht der Realwirtschaft dienen, zu verbieten.
2. Im Zuge der Internationalisierung der Finanzmärkte und der Zunahme an global verfügbarem Kapital erleben wir eine enorme Inflation bei den Vermögenswerten, insbesondere bei Grund und Boden, Immobilien, Aktien und Rohstoffe. Bedingt ist diese Inflation der Vermögenswerte durch zu viel Geld auf den Kapitalmärkten, welches nicht für Investitionen oder Konsum Verwendung findet. Dieses unter Renditegesichtspunkten Anlage suchende Geld wird dabei durch die beschriebenen spekulativen Instrumente potenziert.

Die Inflation der Vermögenswerte und die in immer kürzeren Zyklen auftretenden extremen Wertschwankungen haben zu erheblichen realwirtschaftlichen Verzerrungen mit deutlich negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen geführt. Daher ist die Erfassung, Bemessung und Bewertung einer Inflation der Vermögenswerte, wiewohl schwierig, dringend notwendig. Ein Bewertungsmaßstab für den realwirtschaftlich begründeten Wert der unterschiedlichen Vermögenswerte wäre überaus heilsam und positiv.

Es besteht seit vielen Jahrzehnten eine globale Übereinkunft, dass Inflation bei Gütern und Dienstleistungen bekämpft und durch unabhängige Notenbanken gemessen, kontrolliert und gesteuert werden soll. Es ist dringend erforderlich, dass für die Inflation bei den Vermögenswerten Vergleichbares geschieht.

3. Es bedarf einer eindeutigen, klaren Regelung für Rating-Agenturen. Zum einen dürfen Rating-Agenturen nicht mehr in die Entstehung oder Strukturierung von Finanzprodukten eingebunden sein. Zum anderen sollte es für Rating-Agenturen verpflichtend sein, neben der abstrakt monetären Bonitätsprüfung auch Aussagen darüber zu machen, wie bei einem Produkt oder bei einem Finanzdienstleistungsunternehmen die Gelder realwirtschaftlich verwendet und welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen dabei berücksichtigt werden.
Dieser Verpflichtung muss selbstverständlich eine entsprechende Transparenzverpflichtung von Banken und Finanzinstituten gegenüberstehen. Die Angabe, was realwirtschaftlich mit dem Geld gemacht wird, gibt dem Anleger eine bisher stets vorenthaltene Urteilsgrundlage, die er braucht, um eine bewusste Entscheidung zu treffen.
4. Die Offshore-Finanzplätze müssen geschlossen beziehungsweise ausgegrenzt oder in einen neuen ordnungspolitischen Rahmen eingebunden werden.
5. Einzelne Finanzinstitute oder spezielle Produkte dürfen in ihrer absoluten Größe oder ihrer Struktur weder global noch national systemgefährdend sein. Statt des Credo „größer ist besser“ bedarf es zukünftig begrenzender Strukturkennziffern, wie etwa das maximale Verhältnis der Bilanzsumme einer Bank zum Sozialprodukt eines Landes.
6. Eine Finanztransaktionssteuer sollte eingeführt werden.
Damit werden vor allen Dingen die relativen Vorteilhaftigkeiten zwischen Finanzmarkt tendenziell verringert und baut somit den akzeleratorischen Effekt von Arbitragegeschäften ab und gibt der Spekulation neben den Riskokosten einen Preis.
7. Neben einer Veränderung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bedarf es einer breiten Aufklärungs- und Bildungskampagne zu finanzwirtschaftlichen Themen. Die Tatsache, dass die Art und Weise, wie Geld angelegt, verzinst und verwendet wird, in stärkerem Maße unsere Gesellschaft gestaltet als viele konsumtive oder politische Entscheidungen der Bürger, muss stärker ins öffentliche Bewusstsein kommen.

Auf diese Gesichtspunkte geht Andreas Neukirch in seinem Vortrag näher ein.